

Der Newsletter "Öffentliches Recht und Europarecht – Aktuell" informiert wöchentlich über neueste Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung im Bereich des Öffentlichen Rechts und des Europarechts

INSTITUT FÜR EUROPARECHT I INSTITUT FÜR VERWALTUNGSRECHT UND VERWALTUNGSLEHRE

Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

35/2011 02.09.2011

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Priv.-Doz. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

BGBI II 289/2011

Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend eine Wasserstraßen-Verkehrsordnung (WVO)

BGBI II 290/2011

Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, mit der die Hochschul-Zulassungsverordnung (HZV) geändert wird

BGBI II 291/2011

Verordnung der Bundesregierung, mit der die Verordnung der Bundesregierung über den Schutz der Bediensteten vor der Einwirkung durch optische Strahlung (Verordnung optische Strahlung Bund – B-VOPST) erlassen wird und mit der die Verordnung der Bundesregierung über Grenzwerte für Arbeitsstoffe und über krebserzeugende Arbeitsstoffe (Bundes-Grenzwerteverordnung – B-GKV) und die Verordnung der Bundesregierung, mit der Anforderungen an Arbeitsstätten von Dienststellen des Bundes festgelegt werden (Bundes-Arbeitsstättenverordnung – B-AStV), geändert werden

II. Amtsblatt der EU

ABI L 222 v 27.08.2011, 1

Durchführungsverordnung (EU) Nr 842/2011 der Kommission vom 19. August 2011 zur Einführung von **Standardformula**ren für die Veröffentlichung von Vergabebekanntmachungen auf dem Gebiet der öffentlichen Aufträge und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 1564/2005

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

15.06.2011, <u>B 998/10</u>

RAO; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Verhängung einer Disziplinarstrafe über einen Rechtsanwalt wegen Mitwirkung an bedenklichen Rechtsgeschäften betreffend die Nachverrechnung von Honoraren

29.06.2011, B 1462/10

ArbeitslosenversicherungsG; Feststellung einer Verletzung im Recht auf Entscheidung innerhalb angemessener Frist durch Entscheidung einer Landesgeschäftsstelle des Arbeitsmarktservice; keine Rechtfertigung der Dauer des Berufungsverfahrens von mehr als sechs Jahren; im Übrigen Ablehnung der Beschwerdebehandlung

B. Verwaltungsgerichtshof

06.07.2011, 2010/06/0159

Stmk BauG; Einwendungen gegen Erweiterung eines landwirtschaftlichen Betriebs; Bestimmungen betreffend Belästigung aus landwirtschaftlichen Betriebsanlagen bei der ursprünglichen Errichtung des Betriebs noch nicht in Geltung; Ortsüblichkeit von Immissionen im Ortsgebiet

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. Schlussanträge

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren

Senden Sie ein E-Mail mit Ihrem Namen, Ihrer beruflichen Funktion sowie der E-Mail-Adresse, an die der Newsletter zugestellt werden soll, an <u>oer-aktuell@jku.at</u>.

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AFUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenbergerstraße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Wiss.-Mitarbeiter Fabian Hanz.